

Wiesbadener Tagblatt.

51. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:
durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die
Post 2 Mk. 50 Pfg. vierteljährlich für beide
Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

20,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:
Die einseitige Beilage für lokale Anzeigen
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. —
Reklamen die Beilage für Wiesbaden 50 Pfg.,
für auswärtig 1 Mk.

Anzeigen-Aannahme für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen zur nächst-
erscheinenden Ausgabe, wie für die Anzeigen-Aufnahme an bestimmt vorgeschriebenen Tagen wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 586.

Verlags-Direktor No. 2953.

Mittwoch, den 16. Dezember.

Redaktions-Direktor No. 52.

1903.

Abend-Ausgabe.

Die „Sanierung“ des Reichsinvalidenfonds.

Der Reichstag wird sich in dieser Session mit zwei Anträgen beschäftigen, welche das fernere Schicksal des Reichsinvalidenfonds und die Gewährung von Beihilfen an der Unterstützung bedürftiger Kriegsteilnehmer betreffen. Ein Antrag Oriola-Baasche will, daß die Beiträge für diese Beihilfen an Kriegsteilnehmer grundsätzlich statt aus dem Reichsinvalidenfonds aus allgemeinen Reichsmitteln entnommen werden und daß die Bestimmung, wonach die Beihilfen nur bei dauernder gänzlicher Erwerbsunfähigkeit gewährt werden, dahin abgeändert wird, daß sie allen dringenden der Unterstützung bedürftigen zuteil wird. Ein Antrag Nipper will die Beihilfen dann gewährt wissen, wenn die Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist.

Daß eine bessere und milder engere Regelung der Veteranen-Unterstützungen erforderlich ist, darüber besteht in der Tat ebenso wenig ein Zweifel wie über die Notwendigkeit der „Sanierung“ des Reichsinvalidenfonds, welche ja auch der Reichsschatzsekretär, Freiherr v. Stengel, als einen Punkt seines Programms bezeichnet hat. Die vernünftigste Form der Sanierung bestünde freilich darin, daß man diese ganzen Unterstützungsbeiträge allgemein völlig auf die allgemeinen Reichsmittel übernehme, wie das ja auch in dem diesmaligen Etat mit den 11½ Millionen Mark für Veteranenbeihilfen geschieht. Denn wenn man die Dinge genau betrachtet, muß man zu der Erkenntnis kommen, daß die ganze Einrichtung des Reichsinvalidenfonds eine durchaus ungewöhnliche ist, die in das System unserer Reichs- und Staatsfinanzen überhaupt nicht hinein paßt. Die Methode, Schätze anzusammeln, um daraus laufende Ausgaben zu decken, gehört einer längst verschwundenen Finanzperiode an.

Die Anregung zur Bildung des Reichsinvalidenfonds ist gleich nach der Beendigung des Krieges von 1870/71 erfolgt, als die Zahlung der französischen Kriegsschuld an das Deutsche Reich den Gedanken nahelegte, einen Teil der 5 Milliarden für die Befreiung derjenigen Ausgaben zurückzustellen, die auf Grund des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 dem Reich zur Last fallen. Trotzdem dieser Vorschlag von verschiedenen Seiten bekämpft und der Standpunkt geltend gemacht wurde, daß diese Unterstützungen besser auf die allgemeinen Reichsmittel übernommen würden, stimmte doch zum Schluß die Mehrheit des Reichstags der Bildung des Reichsinvalidenfonds zu. Dieser wurde durch das Gesetz vom 23. Mai 1873 begründet und mit 591 Millionen Mark ausgestattet. Der Fonds sollte an sich so hoch dotiert werden, daß er bis zum Tode des letzten Kriegsinvaliden ausreichte. Da aber die Mitgift sich als zu reichlich bemessen

erwies, so wurden allgemach Ausgaben auf den Fonds überwiesen, für die er an sich nicht bestimmt war. Auf die Pensionen für die Invaliden aus den Kriegen vor 1870 folgte die Ehrenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes, dann weitere Pensionszuschüsse und Unterstützungen auch für Witwen und Waisen und zuletzt die Beihilfen für die Veteranen. Die Folge davon war, daß während nicht einmal die Zinsen des Kapitals aufgebraucht wurden, jetzt das Kapital des Fonds selbst angegriffen wurde.

Nun ging es mit dem Kapital reißend bergab. Bis zum 30. Juni 1891 war dasselbe auf 463 Millionen gesunken, und nach dem letzten amtlichen Ausweis vom Februar dieses Jahres betrug der Bestand nur noch 323 Millionen Mark. Nach Abgang der Kapitalzuschüsse für die beiden Etatsjahre 1903 und 1904 wird das Kapital des Reichsinvalidenfonds auf 251 Millionen Mark zusammen geschmolzen sein. Der Rückgang des Kapitals drückt sich nach außen hin am deutlichsten dadurch aus, daß die Zinsen, die im Etatsjahre 1900 noch 13 630 000 Mark betragen haben, im Etat für 1904 nur noch auf 8 835 000 M. angelegt sind.

Um den Kapitalschwund des Invalidenfonds aufzuhalten, sind diesmal, entsprechend einer früheren Forderung des Reichstags, die Veteranenbeihilfen in Höhe von 11½ Millionen auf die allgemeinen Reichsmittel übernommen worden, so daß der Kapitalrückgang für das Etatsjahr 1904 nur 32 786 399 Mark betragen wird gegen 38 855 749 im gegenwärtigen Etatsjahr. Trotz dieser Maßnahme, die auch in den folgenden Etatsjahren festgehalten werden dürfte, wird der Reichsinvalidenfonds nach den jetzt angefertigten Berechnungen höchstens noch auf zirka acht oder neun Jahre reichen, während die daraus zu bestreitenden Ausgaben noch etliche Jahre weiter laufen werden. Da aber andererseits eine ausgiebigere Unterstützung der bedürftigen Veteranen dringend notwendig ist und zweifellos auch vom Reichstag beschlossen werden wird, so müssen eben weitere Mittel flüssig gemacht werden. Dies wird aber vernünftiger Weise nicht etwa durch eine Auffüllung des Reichsinvalidenfonds, sondern durch Bereitstellung laufender Mittel aus den Einnahmen des Reiches geschehen müssen. Sache des Reichstags wird es sein, dafür zu sorgen, daß diese Mittel nicht zu knapp bemessen werden, denn für diejenigen, die ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben, muß das Reich eben Geld haben oder beschaffen!

hd. Berlin, 16. Dezember. Der Entwurf zum neuen Militär-Pensionsgesetz liegt, wie das „B. Z.“ gegenüber einer anderen Mitteilung von zuverlässiger Seite erfährt, noch immer dem Bundesrat zur Beschlussfassung vor. Die Nachricht, daß das Gesetz mit rückwirkender Kraft nur auf Kriegs-Invaliden ausgestellt worden sei, entspricht insofern nicht den Tatsachen, als die rückwirkende Kraft auch auf die Friedens-Invaliden ausgedehnt werden soll.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Dezember.

Das Haus ist gut besucht. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Vorlage, betreffend Verlängerung des Handels-Protokolls mit England. — Abg. Liebermann von Sonnenberg (wirtsch. Bg.) meint mit dem Grafen Reventlow, daß es nicht nötig sei, Chamberlain mit Glacéhandschuhen anzufassen. Seine engeren Freunde würden jedenfalls die Konsequenzen ihrer Anschauung ziehen und das Protokoll mit England ablehnen. — Abg. Graf Panitz (Konf.) weist auf den neuerlichen Vertrag Englands mit Persien hin, auf den die Regierung Rücksicht nehmen müsse beim Abschluß des neuen Übereinkommens mit England. Nachdem er noch einige Punkte aus der englischen und deutschen Statistik über den Warenaustausch zwischen uns und England angeführt, wurde die Debatte geschlossen und die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung (Dauer der Vollmacht bis 1905) mit großer Mehrheit definitiv angenommen. — Alsdann wird die erste Lesung des Etats und der lex Stengel fortgesetzt. Abg. Limburg-Stirum (Konf.) legt dagegen Verwahrung ein, daß aus den Vorgängen in Nordach verallgemeinernde Schlüsse über den Zustand im Offizierkorps gezogen werden. Bei den Soldatenmishandlungen müssen Unterschiede gemacht werden zwischen kaltblütig überlegten Brutalitäten und solchen, die in der Erregung geschehen seien, welche zum Teil auf die Überanstrengung der Unteroffiziere infolge der zweijährigen Dienstzeit zurückzuführen seien. Redner hält Verkehrsabgaben auf den Flüssen für gerechtfertigt zur Instandhaltung der schiffbaren Gewässer, für die große Ausgaben nötig seien. Er bleibe dabei, daß man ganz unbeschadet um gute politische Beziehungen doch handelspolitische Differenzen haben könne. Bei Abschluß von Handelsverträgen dürften nur unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen als Richtschnur dienen. Eine Hinterrückung unserer landwirtschaftlichen Interessen würde große Unzufriedenheit hervorrufen. Die Rede des Reichstagslers gegen die Sozialdemokratie sei ein Meisterwerk gewesen. Ehe nicht dagegen Garantien gegeben werden, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter-Organisationen für ihre Ziele ausnütze, habe er Bedenken, das Verlangen auf Rechtsfähigkeit der Berufsvereine der Arbeiter zu erfüllen. Er könne nur die Regierung auffordern, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit aller Energie aufzunehmen. Mit dem Appell an die bürgerlichen Parteien allein sei es nicht getan. (Bravo! rechts.) — Abg. v. Tiedemann (Reichsp.) äußert sich ähnlich. Die Arbeiter würden so lange ihren sozialdemokratischen Führern folgen, als bis sie sehen, daß die Macht der Sozialdemokratie und ihrer Führer an der Macht des Staates zerschellt. — Reichstagsler Graf Bülow: Der Abgeordnete Graf Limburg sagte, er vermisse bei der Regierung einen zielbewußten Willen, und hat damit offenbar gemeint, daß, hände er an dieser Stelle, er gesetzliche Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie, Repressiv-Maßnahmen gegen sie in Vorschlag bringen würde. Demgegenüber müsse doch gefragt werden, ob im gegen-

Die Revoluzer.

Roman von Balther Schulte vom Brühl.

(54. Fortsetzung.)

Und der Redner fuhr fort, ohne großen Schwung der Rede, aber in klarer, knapper Art eine Reihe von ähnlichen Fragen zu stellen, die jedesmal auf die Verkümmern eines natürlichen Rechtes, auf die Vergewaltigung großer Massen zugunsten einzelner Stände, auf die ungleiche Verteilung von Lasten, auf die Mißverhältnisse zwischen Rechten und Pflichten Bezug hatten. Und immer wieder, immer stürmischer wurden die Antworten, immer drohender klangen nach den einzelnen Fragen die Jurisfe: „Das stimmt!“ — „Gott verded, dat es wroht!“ — „Zum Himmel schreit's, daß es so ist!“ oder: „Wir sind nix Bessers wert, wenn wir uns das weiter gefallen lassen!“ „Daß die Zustände unhaltbar geworden sind, daß alle gesetzmäßigen und ungesetzmäßigen Bemühungen von Jahrzehnten, sie in erträglicher Weise zu ändern, umsonst waren, daß alles gescheitert ist an der Annahmung und Hartnäckigkeit derer, die da meinen, sie hätten das Schwert der Gewalt allein in den Händen und dürften es gebrauchen, wie es ihnen beliebte, darüber sind wir doch alle einig? Oder soll ich hier die gottverdammte Schmach des Wienerischen Regimes, soll ich das Treiben einer erhelllichen Zahl unserer Potentaten, soll ich die unerhörten Übergriffe mancher Regierungen, unsere eigene nicht ausgenommen, hier Revue passieren lassen?“ „Mit nüdig!“ — „Dat kennen wir all!“ ging es durcheinander, und die Stimme sprach in erhobenem Ton: „So einigen wir uns also heute in dem Wunsch und in dem Entschluß: Nieder mit den verrotteten Einrichtungen! Nieder mit den Volksbedrückern! Nieder mit der Sonderrechtelei! Nieder, nieder, nieder!“ „Nieder, dermet!“ — „Zum Deiwel! Nieder! Nieder!“ scholl es durcheinander. Aber kaum waren diese aufgesetzten Rufe verhallen, da ließ sich eine ruhige und klare Stimme vernehmen: „Das ist jedenfalls noch nicht das

letzte Wort, das in dieser Sache zu sagen ist. Mit Totschlägen erweckt man kein neues Leben, und es ist leichter etwas niederzureißen, als was aufzubauen. Besonnene Leute hüten sich, das Kind mit dem Bade auszuschütten, und ich soll meinen, hier wären immer noch einige drunter, die die Besonnenheit nicht ganz verloren hätten und sich durch tönende Phrasen nicht gefangen nehmen ließen. Darf man hier auch seine Meinung sagen, oder darf man nur: Nieder, nieder! schreien helfen?“

Einen Augenblick allgemeine Stille, dann tönte die Stimme Schwertfegers: „Ich denke, wir sind hier alles Gesinnungsgenossen, sind uns alle einig darin mit den Festen im Lande, daß die Zustände unhaltbar geworden sind. Wir haben uns versammelt, um uns diese Tatsache noch einmal vor Augen zu halten und über die Art der Abhilfe zu beschließen. Dieser Abend ist nicht zu einem Diskutier-Abend auszersehen; Zeit und Ort wären schlecht gewählt zu fruchtlosen Streitereien. Das weiß ein jeder von uns, und so muß ich mich wundern, aus unjeren Reihen diese Stimme der Opposition zu vernehmen.“

„Stemmt! Stemmt!“ — „Wer nit met us es, der hätt nit to komen brulen.“ — „Wer hat ihn denn eingeladen?“ wirrte es durcheinander.

„Eingeladen hab' ich mich selber“, tönte die Stimme jurid. „Ich hab' mir eingebildet, wo sich brave Leute in den wichtigsten Angelegenheiten versammeln, dürft ich mir wohl das Recht nehmen, auch zu erscheinen, wenn ich auch nicht extra aufgefördert worden bin.“

„Wer hier ohne Aufforderung erschienen ist, ist ein Eindringling, ist einer, der nur durch Verrat von dieser Versammlung erfahren haben kann!“ rief die Stimme Gottfrieds und ein anderer schrie: „Für Spione und Verräter wachsen hier der Baum genug.“

Plötzlich leuchtete einer dem Inhaber der Oppositionsstimme mit einer Diebeslaterne ins Gesicht. „Gott verded, der Herr Baron von Peitersbroich!“ tönte es überausst, und der Freiherr warf den Kopf zurück und rief: „Ja, ich bin es selber und nun soll noch mal einer riskieren, hier von Verräter und Spion zu reden. Jeder in der

Gegend kennt mich als einen Freund des Volkes, der es oft genug vertreten und gegen die Regierung in Schutz genommen hat, wo's in seinem Recht war und darin gekränkt werden sollte. Nun wohl, nicht durch irgend eine Verräterei aus Euren Reihen, sondern durch einen günstigen Zufall hab' ich heimlich von Eurer Versammlung erfahren. War' ich nicht Euer Freund, war' ich ein blind-ergebener Diener der Regierung und nur ein Lafal meines hochverehrten Königs, dann hätt' ich doch ohne Gefahr hingehen können und anzeigen, was hier heut' nacht auf dem Bitterkesköpfen vor sich geht, dann hätt' ich dem Herrn Landrat von Rettern-Jackerlin überdies einen großen Weg erspart, denn er ist mit einem Krupp Gen darmen nach dem Schaafsberg, um Euch alle miteinander dort zu fangen und in einen Sad zu stecken. Na, der Herr Landrat von Rettern-Jackerlin ist ein ostpreussischer Junker, dem der vergebliche Marsch nach dem Schaafsberg vielleicht ganz gesund ist, ich aber bin ein auter bergischer Senabe, so gut als ihr alle, und mein Wahlspruch ist: Leben und Leben lassen. So, und wenn Ihr mich jetzt noch vom Bitterkesköpfen runterjagen oder mich gar freundlich an einem Baum an meinem Galse aufhängen wollt, bis ich tot bin, wie's in allen Geisbüchern so schön heißt, na, dann geniert Euch nicht. Ihr seid ihrer ja wohl ein Stück oder vierzig gegen einen.“

Die Worte des in der ganzen Gegend beliebten Volksmannes verkehrten ihre Wirkung nicht. „Der Peitersbrocher mag bliewen!“ „Se mag sagen, wat he to sagen bet!“ ließen sich etliche vernehmen, und nachdem Schwertfeger sich mit einigen besprochen hatte, und die Meinung vernommen hatte, es möge wie Freiheit aussehen, wenn man eine aegerteilige Meinung unterdrücken wolle, ließ sich der Kaufmann vernehmen: „Die Unterbrechung unserer Versammlung, wie wir sie eben erfahren, ist zwar ganz gegen unser Programm, und gewiß würde es feiner in unserm Kreise hier für unbedeutend halten, wenn wir den ungeborenen, wenn auch sehr berechtigten Gast jetzt in sicherer Bedeckung aus der Hörweite unserer Stimmen bringen ließen, aber wenn denn der Herr Freiherr absolut

wärtigen Moment für derartige Maßnahmen in diesem hohen Hause eine Mehrheit vorhanden sein würde. Wenn in dieser Beziehung nicht absolute Gewissheit vorliege, würde er es für einen Fehler halten, ohne zwingende Not Zwiespalt unter die bürgerlichen Parteien zu tragen. Darauf könne man sich verlassen, daß die Regierung einschreiten werde in Fällen sozialistischer Terrorismus, die Strafbarkeit enthalte. Wenn Graf Limburg weitergehende Maßnahmen fordere, so möge er bezügliche Initiativanträge einbringen, dann werde es sich zeigen, ob sich dafür im Hause eine Mehrheit finden wird. Das Programm der Regierung ist: Alles zu tun, um gegenüber der Sozialdemokratie die Einheit in der bürgerlichen Welt aufrecht zu erhalten oder zu schaffen, wo dies noch nötig scheint, und alles zu vermeiden, was diese Einheit gefährden könne. Entschieden müsse er Verwahrung dagegen einlegen, daß die Regierung es an der nötigen Festigkeit und Entschlossenheit fehlen lasse. Mit gesetzgeberischen Mitteln sei nicht alles getan. Die öffentliche Ordnung werde mit allem Nachdruck von der Regierung verteidigt werden. Jeder, der die Ordnung stört, wird rückwärtslos zu Boden geworfen werden. Im übrigen aber ist es nötig, alles zu vermeiden, was Unzufriedenheit schaffen könnte und berechtigte Forderungen zu erfüllen. Wo sind denn heute die unberechtigten Vorrechte von Adel und Klerus von früher, wo sind jetzt die schwebenden Höfe, wo die frohnden Bürger und Bauern, und wo ist der Roi, qui s'amuse? Heute haben wir ein soziales Königtum, eine soziale Gesetzgebung an allen Ecken und Enden. Wir haben höchstens Divergenzen über das Tempo der Gesetzgebung, nicht über die Reform als solche. Wir haben das Streben, die Zustände in gesetzlichen Bahnen zu halten, soweit es nur irgend der Hochmut und der Dünkel der sozialdemokratischen Führer und der Terrorismus der arbeitenden Klassen zuläßt. Es sei zu wünschen, daß das Selbstvertrauen der bürgerlichen Kreise, der bürgerlichen Gesellschaft sehr viel stärker ist, als sie es selbst glauben. (Beifall.) — Abg. S o l l e (Soz.) geht von neuem mit großer Ausführlichkeit auf die Verhältnisse in Crimmitschau ein. Hätten die Arbeitgeber gerechtes Menschlichkeitsgefühl gehabt, so wäre es nicht zum Konflikt gekommen. Redner erhebt schwere Anklagen gegen die Behörden in Crimmitschau, dann geht er auf die auswärtige Politik, speziell in Ostasien gegenüber Rußland ein. — Sächsischer Geheimrat Dr. F i s c h e r legt dem Vorredner gegenüber die Notwendigkeit dar, in Crimmitschau zum Schutze der arbeitswilligen Arbeiter einzuschreiten. Da es sich notorisch für die Sozialdemokratie um eine Kraftprobe handelt, würden auch die besten Vermittelungen, deren Unterlassung man der Regierung vorwerfe, nichts helfen. Daß das Betragen der Ausgesperrten musterhaft war, sei falsch. Das Verhalten der Behörden sei lediglich hervorgerufen worden durch das Verhalten der Streikenden. Eine ihm erst heute zugegangene Darstellung schildere die Verhältnisse noch viel drastischer, als er dies nunlich getan habe. — Abg. V i e b e r m a n n v o n S o n n e n b e r g (wirtsch. Ver.) verbreitet sich über Budgetfragen und empfiehlt dabei namentlich die Wehrsteuer. Auch empfehle sich ein Reichsregal für Inzerate, d. h. eine Besteuerung der Inzerate von Reichs wegen. Die Erhöhung der Unteroffizier-Befoldungen stände in engem Zusammenhange mit den Soldatenmishandlungen. Aber auch auf die Verhältnisse im Offiziersstande würde es vielleicht ein interessantes Licht werfen, wenn man neben der Rangliste der Offiziere auch eine Rangliste der Offiziersdamen veröffentlichen wollte mit ihren Vermögens-Verhältnissen. Bei den neuen Handelsverträgen werde die Regierung keinesfalls unter die für Getreide festgesetzten Zollsätze herabgehen dürfen, ebenso bei den Viehzöllen. Schließlich polemisiert Redner noch gegen die Sozialdemokratie und spricht gegen Weibel. — Abg. B l u m e n t h a l (Eis. Volksp.) legt dar, daß die Reichsstände in jeder Beziehung den übrigen Teilen des Deutschen Reiches gleich zu stellen seien. Deshalb bestrebe auch in den Reichsständen der Wunsch, endlich in jeder Hinsicht den anderen Staaten des Reiches gleich gestellt zu werden. Trotz der Aufhebung des Diktatur-

Paragrafen bestrebe doch noch ein leiser Diktaturzug. Das habe sich auch in Mey gezeigt aus Anlaß der Wasserfrage, wo man sich sogar von höchster Stelle aus in kommunale Angelegenheiten eingemischt habe. Wenn nun von der Macht am roten Meere gesprochen werde, so glaube er, wenn bei ihm zu Hause die Wahl gestellt würde, ob schwarz oder rot, neun Zehntel für rot stimmen würden. (Hört, hört!) Auch das Zentrum würde im Elsaß sehr gern die sozialdemokratischen Stimmen akzeptieren, wenn es sie nur bekäme. Die Sozialdemokratie habe in Elsaß-Lothringen immer mehr Rekruten wegen der ungleichen und ungerechten Behandlung, welche die Partei dort erleide. Eine Religion, die der Polizei bedürfe, könne sich nicht halten. (Beifall.) Die Religion sei von jeher sehr oft mißbraucht worden, vorgeschoben zu anderen Zwecken. (Auf aus der Mitte: Psst!) Präsident Graf Balkestein rügt den Ruf. — Sächsischer Staatssekretär v o n K e l l e r stellt zunächst in Abrede, daß es in Elsaß-Lothringen überhaupt bei der Reichstagswahl gouvernementale Kandidaten gegeben habe, Kandidaten, die von der Regierung unterstützt worden seien. Ihm selbst würde es leid tun um sein Elsaß-Lothringen, wenn auch nur der zehnte Teil von dem wahr wäre, was der Vorredner über die Zustände in Elsaß-Lothringen gesagt habe, über diktaturähnliche Zustände, über mangelnde Gleichberechtigung der Parteien daselbst und über starke sozialistische Strömungen. Die Diktatur sei gefallen, aber die volle Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den anderen Bundesstaaten sei eine zu schwierige Frage, um kurzer Hand hier erledigt zu werden. In Mey wären die Wasserverhältnisse zweifellos verbesserungsbedürftig. Des weiteren nimmt der Staatssekretär auch die Wahlrechts-Verhältnisse im Landes-Ausschusse in Schuß gegen die Bemängelungen des Vorredners. — Abg. Graf L i m b u r g - S t i r u m (kons.) bemängelt nochmals das Verhalten der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie. Dieses sei nur insofern eine Arbeiterpartei, als sie Arbeiter annehme. Gelegentlich der Wahlen habe die Regierung nicht genug die tiefe, uns von der Sozialdemokratie trennende Kluft betont. — Staatssekretär Graf P o s a d o w s k y: Die Regierung habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ein Abgrund bestehe zwischen ihr und der republikanischen Sozialdemokratie. Wenn er von einer Arbeiter-Partei gesprochen habe, so habe er es nicht von der Partei hier im Reichstage getan, sondern von der im Lande, die tatsächlich aus Arbeitern bestehe. Es gebe leider Kreise, die sozialistisch und sozial-politisch in einen Topf werfen, die alles soziale Tun verwerfen, weil es ihnen unangenehm ist oder vielleicht auch ihren Interessen schädlich. Unsere Verhältnisse seien doch nicht so zerrüttet, daß an Revolution zu denken wäre, und wäre es einmal so weit, dann würde man sich einer, der heute sozialistisch wählt, nach Hause gehen und nicht auf die Barrikaden. Im übrigen sei die Revolution von 1848 nicht von Arbeitern gemacht, sondern von ganz anderen Leuten. — Minister B u d d e erklärt noch, er habe niemals daran gedacht, seinen Eisenbahn-Arbeitern zu empfehlen, Sozialdemokraten zu wählen. Es sei eine Gemeinheit, ihm so etwas nachzusagen. — Abg. W o l l e n b u r g (Soz.) polemisiert gegen Minister Budde und erklärt gegenüber dem Reichstanzler, daß in vielen Fällen die ursprüngliche Anregung zu Reformen auf sozialistische Anträge zurückzuführen sei. — Damit schließt die Debatte. Die erste Lesung des Etats und der lex Stengel ist beendet. Die üblichen Teile des Etats gehen an die Budgetkommission. Das Haus wählt sodann noch sechs Mitglieder in die Reichsschulden-Kommission und sieben Mitglieder in den Beirat für Arbeiter-Statistik. — Nächste Sitzung: 12. Januar 1904, 2 Uhr. Tagesordnung: Rechnungs-Übersichten, dann Interpellation Trimborn, betreffend Rechtsverhältnisse der Berufsvereine; Interpellation Auer, betreffend Barmkrankheit, und andere Interpellationen. — Als eingegangen wurde noch mitgeteilt eine Interpellation Rogalla von Bieberstein, weshalb die Handelsverträge noch nicht gekündigt seien. — Schluß 7 1/2 Uhr.

hd. Berlin, 15. Dezember. Zum Vorsitzenden der Budget-Kommission des Reichstages ist Dr. Stodmann (Reichspartei) ernannt worden, nachdem der frühere Vorsitzende, Graf Stolberg, wegen Geschäftsüberbürdung den Eintritt in die Kommission abgelehnt hat.

Politische Übersicht.

Finnische Zustände.

1. Berlin, 15. Dezember. Seit einiger Zeit beherbergt Berlin Gäste, die durch ihre bloße Anwesenheit schon Zeugnis dafür ablegen, welche verworrenen Zustände in Rußland herrschen. Es sind Finnen in einstmalig hervorragenden Stellungen, Gelehrte, Richter, Grundbesitzer, die dem Druck weichen müssen, den das Regiment Bobrikow in ihrem Heimatlande ausübt. Zum Teil sind es Flüchtlinge aus eigenem Entschluß, zum Teil sind sie administrativ ausgewiesen worden, und zwar bis zur Göttinger Grenze von drei Jahren, wie es das russische Gesetz gestattet. Diese Leute bleiben meistens nicht hier, wie Berlin auch in der Regel nicht ihre erste Station des Aufatmens ist. Sie wenden sich zunächst einem natürlichen Zuge der Verwandtschaft und der überlieferten Interessen folgend, nach Stockholm. Da aber in den verhältnismäßig engen schwedischen Verhältnissen kein rechter Platz für sie zu finden ist, so gehen sie weiter. Einige bleiben bei uns, andere suchen Paris und London auf. Wir hatten dieser Tage Gelegenheit, einige dieser Opfer der russischen Politik in Finnland zu sprechen. Was man von ihnen erfährt, ist traurig genug, kann aber in anderer Hinsicht auch wieder Mut machen und erfreuen. Denn immer wird es ein schöner und stolzer Anblick sein, tüchtige geistige Führer eines tüchtigen Volkes zu sehen, die lieber Not und Elend auf sich nehmen, als daß sie sich in Sklavenketten schmiegen. Die Gespräche, die wir mit diesen Männern führen konnten, waren uns darum vor allem von Wert, weil sie die Legende zertrüben, als komme die russische Politik in Finnland den Bedürfnissen und Instinkten der finnischen Bevölkerung gegenüber ihren skandinavischen „Unterdrückern“ entgegen. Die russische Lesart, wonach eine Minderheit einer schwedisch sprechenden Oberschicht die Masse der Bevölkerung bis dahin unter politischem Zwange gehalten habe, ist falsch. Niemals hatte sich die finnische Bevölkerung über Unterdrückung zu beklagen, und die kleinen Rivalitäten zwischen dem skandinavisch sprechenden Adel und den anderen sieben Ämtern verschwanden unverzüglich, als Bobrikow sein Regiment bezog. Vor allem ist es verkehrt, eine Ähnlichkeit zwischen den dortigen Zuständen und denen in den baltischen Provinzen des Zarenreichs konstruieren zu wollen. In Kurland, Livland und Estland standen und stehen die Deutschen überwiegend als Großgrundbesitzer mit alten und politisch wertvollen Feudalvorrechten einer estnisch-lettischen Volksmasse gegenüber, die stets den Herren so fremd war wie diese ihr. Die russische Regierung hat dieser nichtdeutschen Bevölkerung der Ostseeprovinzen zwar wahrhaftig keinen Segen bringen können, aber sie hat ihr durch die Russifizierungspolitik, deren Opfer die Deutschen sein sollten, auch nichts geraubt, so daß es immerhin möglich war, die Mehrheit gegen die Minderheit auszuspielen. Anders, wie gesagt, liegt es in Finnland, schon darum anders, weil es hier einen Großgrundbesitz kaum gibt, weil die Bevölkerung überwiegend bäuerlich ist, und zwar so, daß zwischen Skandinaviern und Finnen kein Unterschied in der Rechtslage oder in der ökonomischen Lage besteht. Die russische Vergewaltigungspolitik trifft hier also beide Volksbestandteile gleichermassen, und sie wird von beiden gleichermassen abgewehrt, soweit das eben nach den schwachen Kräften Finnlands möglich ist. Wer tritt nun aber an die Stelle der abgelehnten und ausgewiesenen

zu uns, deren Meinung, wie ich denke, als die Meinung gereifter Männer feststeht, reden will, so mag er es gerne tun, damit er wenigstens den langen und unbequemen Weg nicht ganz umsonst gemacht hat. Ich tret' ihm, wenn er's nicht zu lang machen will, dazu gerne meine Rednerkangel, einen alten Eisenstumpfen, ab." — Und ich danke dem geachteten, aber nicht gewählten, verehrten Herrn Vorredner für seine freundliche Gesinnung, entgegnete der Freiherr, stieg auf den Stumpfen und begann in seiner gemüthlichen, volkstümlichen Art: „Ihr alle werdet vielleicht bei Euch denken, der Weibersbroder ist ein verdammt frecher Donnerkeil, daß er es riskiert, in die geheime Versammlung so gefährlicher Kerls, als wir sind, einzudringen und sein Fell zu riskieren. Aber es ist keine Diktatur, wenn ich sag: so viel Kourage, wie Ihr habt, um in Nacht und Nebel zusammenzulaufen und Euch ein bißchen mit den Staatsgesetzen in Konflikt zu bringen, hab' ich allein schon im Weinen Finger. Oder zweifelt Ihr daran?" — „Nein, darin fällt die Recht behaule!" rief einer, und die andern stimmten ihm lachend zu. — „Na, dann laßt Euch sagen", fuhr der Freiherr fort, „daß es im Grunde doch etwas anderes ist, als Frechheit oder Neugierde, das mich betriebe; es ist nichts, als die aufrichtige Liebe zu meinen verglichen Landsleuten und auch nichts, als die Liebe zu meinem Vaterlande und zu meinem verehrten Herrscherhause, was mich unter Euch geführt hat. Die meisten von Euch kennen vielleicht die schöne deutsche Sage von dem ehrlichen Barner, von dem getreuen Effehard. So ein getreuer Effehard möchte ich Euch allen sein. Wären möchte ich Euch davor, daß Ihr Euch trotz all der Ursachen zur Unzufriedenheit — ich bin der letzte, der die vielfache Berechtigung zur politischen Unzufriedenheit hier oder wo es auch immer sei laugnet — zu übereilten Schritten hinreißt laßt. Der Geist, der eben durch die Welt geht, ist nicht der Geist wahrer Freiheit. Die wahre Freiheit stürzt nicht von heut auf morgen Tempel um; die wahre Freiheit arbeitet langsam aber sicher, sie ist ein Geist steten Fortschritts, ein Geist der Kultur, die Schritt für Schritt ihr Reich erobert. Nur schnell aufschickendes Kraut blüht und trägt Frucht und vergeht in wenig Wochen, aber der edle Fruchtbaum braucht seine Zeit, um fest und zäh zu werden, und

mancher Sturm ist über ihn hingegangen, ehe er seine Früchte treibt. Viel ist seit Jahrzehnten von Schwarmgeistern, aber auch von kernhaft und gesund denkenden Vaterlandsfreunden geplant und geschafft worden, bestehende Mißstände zu bekämpfen und auszurotten. Vielen ist dies Beginnen schlecht bekommen, aber umsonst ist nichts gewesen, wenn auch die Reformen nicht wie ein Gewitter im Frühling über das Land gekommen sind. Hat unser König nicht bereits gewisse Zugeständnisse gemacht? Ist der vorjährige Landtag, mag er noch so verfehlt sein, nicht ein bedeutungsvoller Schritt, den der Herrscher den Reformen entgegensetzt? Es wird nicht dabei bleiben, es wird weiteres und besseres geschehen, das dürft Ihr fest glauben. Unser König ist ein talentvoller, gebildeter Geist, aber wir können es ihm doch nicht zum Schlimmen auslegen, daß er in anderen Ideen aufgezogen ist, als sie die Weltverbesserer entwickeln. Er kann nicht über Nacht die Traditionen eines hohen und verantwortungsvollen Herrschergefühls über Bord werfen. Das wäre eines starken Charakters nicht würdig. Er wird sich nach und nach den zeitgemäßen Forderungen erschließen, und für jeden klugen Mann in Staat ist die Parole: Weisheit fest und unentwegt auf den Forderungen, die du für gerecht hältst, doch hoffe und harre aus. Rom ist nicht in einem Tage erbaut worden. Das glaube nur keiner, daß mit Unbotmäßigkeit und Gewalt bei uns etwas durchzusetzen sei." — „Was die Franzosen können, was sie bei der grünen Revolution und Anno Zweieundreißig gekonnt hant, dat können wir auch!" rief eine Stimme. — „Nein, das können wir nicht", entgegnete der Freiherr. „Wir sind ganz, ganz anders geartet wie die leicht entzündlichen Gallier. Zudem sind wir ein durch und durch monarchisches Volk, das sich niemals in seiner Mehrheit gegen seinen Herrscher auflehnen wird. Was aber wird damit erzielt, wenn hier und dort ein Einzelausland ausbricht? Damit sind unsere wackeren Soldaten im Sandumdrehen fertig, und das fed und leichtsinnig herausgeförderte Wadgestühl der Fürsten wird sich dann vielleicht erst recht befinden, Zugeständnisse zu machen, die es unter anderen Umständen vielleicht bald gemacht hätte. Nein, Ihr bergischen Landsleute und Freunde, treibt doch keine so unkluge und gefährliche Gewaltpolitik. Ich glaub'

es ja von Herzen gern, daß Ihr alle, die Ihr Euch hier in tiefer Nacht versammelt habt und weder Müß noch Bos schautet, daß Ihr entschlossene, tapfere Kerls seid. Aber wer wird im gegebenen Falle hinter Euch und den wenigen anderen tüchtigen Kerlen stehen? Der Mob, die sinnlose Masse, die heute Hosannah schreit und morgen: Kreuzige ihn! Diese Leute werden nie für hohe Ideale kämpfen. Sie werden zugreifen, wenn sie denken, jetzt ging's ans Feilen. Aber weiter hinaus geht ihre Begeisterung nicht. — Diese von Euch kennen den Schneider, den Sorwitz. Er gehört zu den Frommen im Land und obendrein ist er groß mit dem Maule. Gestern abend hatte ich mich, 'nen Haken zu schiefen, am Waldrand am Waldbach Holz aufgestellt, am Weg, der über die Höhe nach Hermelrath geht. Ein weisses Laken hatt' ich mir übergebängt, damit mich das Hakenzeug nicht gleich sah auf dem Schnee. Wie ich da nun so steh, die Flinte im Arm, kommt was des Weges daher. „Hoho, sie sollen nur koomen, die Sprechboven, die neichts heromischließen. Sie fallen nur koomen! Esch den mit bang, esch den mit bang." So hör ich einen laut vor sich hindreden und sich auf seinem einsamen Weg Mut zu sprechen. Naum ist er in meiner Nähe, da mach' ich mich den Spah und schief: bumms bumms die Flinte los und spring' dabei in großen Sähen in meinem weissen Laken vor den dunklen Tannenbäumen auf den Weg zu. 'nen Schrei tum, ein schweres Bündel von sich werfen und in tollen Sprüngen vor Entsetzen davonrennen, ist für den klühen Wandersmann ein. Deut morgen hab' ich ihm, dem Schneider, sein Bügelreifen wieder zugeseckt, das er in dem Bündel hatte und in seiner Angst von sich warf. Seht, grad so werden sie davonspringen durch Kappes und Tabak, wenn erst die Bewehre der Soldaten knallen, so werden sie hüpfen, alle die, die mit großer Prahlerei hinter Euch dreingelaufen sind. Und Ihr werdet dann auch als ihr besseres aelten als dies Kröppelzeug. — Brave, treue bergische Männer, das Herz will sich mit im Leib herumdrehen, wenn Ihr mit dem Mob in einen Topf geworfen werdet und wenn Euch jeder hochwürdige Dumker und Beamte verächtlich als Rebellen und Revoluzer bezeichnen kann. Nein, dazu seid Ihr denn doch zu gut, Revoluzer zu werden." (Fortsetzung folgt.)

Wächter, Lehrer usw., die, gleichgültig ob Scandinavier oder Finnen, vor der Russifizierung weichen müssen? Mit einer gewissen Benützung, aber zugleich mit begrifflichen Klammern wird festgestellt, daß anständige russische Elemente die freigebliebenen Plätze verschmähren, daß nur die Streber, die Leute von gewissenlosem Durchschnitt, aus Rußland nach Finnland gehen. So dürfen sich die Finnen zwar sagen, daß ihr mannhafter Widerstand ein stimmendes Echo in der russischen Intelligenz erweckt, aber die Befriedigung darüber wird wieder vergällt, indem die Vorkämpfer Finnlands zusehen müssen, daß minderwertige Elemente dort immer mehr die Macht in die Hand bekommen und verweisend auf den Volksgeist wirken.

Französisch-Russisches.

w. Paris, 14. Dezember.

Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen bereiten den hiesigen wahren Patrioten — das sind solche Leute, die allein wissen, wie dem Vaterlande zu helfen sei — große Sorgen. Einer von ihnen, Galperine-Raminsky, dessen Namen nach hiesigen Begriffen schon allein genügen sollte, um ihn für einen kompetenten Verfechter französisch-russischer Interessen zu erklären, läßt sich nun u. a. folgendermaßen in der „Nouvelle Revue“ bemerkbar machen. Dieses einstmalig so bedeutende Journal hat übrigens trotz oder vielleicht wegen seiner deutschfreundlichen Tendenz und seiner natürlich ebenso geminnenden Besitzerin Juliette Adam, sehr viel an Ansehen verloren. Das Schutzsystem für die Industrie in Rußland und für die Landwirtschaft in Frankreich hat keine guten Resultate gezeitigt, doch wird jetzt hoffentlich die egoistische Haltung der deutschen Agrarier zwei politisch befreundeten Nationen Gelegenheit geben, sich auf dem wirtschaftlichen Gebiete zu verständigen: Rußland bemerkt ja bereits, daß es nicht seine Aufgabe sein kann, eine industrielle Macht, sondern der Versorger Europas mit Getreide zu werden. Frankreichs Industrie steht aber an der Spitze auf den internationalen Märkten (!), und beide Länder ergänzen sich also in ihrer Produktion, beide sind aber gleichmäßig durch die deutsche Zollpolitik bedroht, zu denen noch die Chamberlainschen Pläne treten. Diesen Anschlägen können und werden Frankreich und Rußland aber durch eine enge wirtschaftliche Annäherung begegnen. — (Sobiel Worte, sobiel Irrtümer; Kaufleute pflegen die realen Verhältnisse ernsthaft zu prüfen, und da wird den Russen sehr bald klar werden, daß ihre französischen politischen Freunde denn doch in der Industrie nicht leistungsfähig genug sind, um mit Deutschland zu konkurrieren. D. Red.)

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Wie es heißt, beabsichtigt der Kaiser, während seiner Mittelmeerfahrt Ägypten zu besuchen. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin begibt sich Ende dieser Woche nach Cannes, um bei seiner Mutter das Weihnachtsfest zu verbringen. Danach ist es mit einem abendlichen Besuch in Gmunden also nicht, und somit scheint auch das aufgetriebene Verlobungsgerücht widerlegt. Der Prinzregent von Bayern hatte den Wunsch geäußert, sein 50jähriges Generalabjubiläum (15. Dezember) in aller Stille zu begehen. Nur der Kriegsminister wurde in Audienz empfangen, um die Glückwünsche der Armee zu überbringen. Ebenso wurde es vor zehn Jahren beim 50jährigen Generalabjubiläum gehalten. Der Großfürst Wladimir von Rußland erhielt vom deutschen Kaiser eine Einladung zu den Hofjahren in Göttingen. Der Großfürst begibt sich zuerst nach Potsdam und reist von dort mit dem Kaiser gemeinsam zur Jagd. König Christian von Dänemark trifft mit seinem jüngsten Sohne, dem Prinzen Waldemar, heute abend in Berlin ein. Ein offizieller Empfang findet, der „National-Zeitung“ zufolge, nicht statt. Jedoch wird der dänische Gesandte zur Begrüßung des Monarchen auf dem Bahnhof anwesend sein. Der König wird im königlichen Schloß Wohnung nehmen. Donnerstag vormittag wird er sich nach Potsdam begeben, um dem

Fenilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Das Originalmanuskript des „Verlorenen Paradieses“. Aus London wird berichtet: Das Manuskript von Miltons „Verlorenem Paradies“, 1. Buch, wird demnächst in London bei Messrs. Sotheby, Wilkinson und Pagge zur Versteigerung gelangen. Natürlich ist die Handschrift des Manuskripts nicht Milton's eigene, da er schon vierzehn Jahre, ehe er sein großes Werk schrieb, erblindet war. Es ist jedoch merkwürdig, daß die Persönlichkeit des Amanuensis ein Geheimnis bleibt. Nach der Überlieferung soll Milton sein Gedicht seiner jüngsten Tochter diktiert haben; aber diese Behauptung hält einer näheren Prüfung nicht stand und ist von Sotheby als falsch zurückgewiesen worden. Milton's Neffe, Edward Phillips, war zweifellos eine lange Zeit der Amanuensis seines Onkels, und man könnte annehmen, daß Milton ihm auch das „Verlorenen Paradies“ diktiert hat. Aber Phillips erwähnt in seinen 1894 veröffentlichten „Memoirs“ an seinen Onkel nichts davon, daß Milton ihm das berühmte Werk diktiert hat, und er war nicht der Mann, der eine so wichtige Sache mit Stillschweigen übergegangen hätte. Wahrscheinlich wird das Problem also immer ein Geheimnis bleiben. Es handelt sich jedoch tatsächlich um das Exemplar, das ausdrücklich für den Drucker bestimmt war, da auf dem ersten Blatt innen die offizielle Erlaubnis zum Druck steht. Das Werk ging in die Hände des Verlegers Symonds über, der dem Dichter 100 M. dafür bezahlen wollte und weitere Summen von 100 M. nach dem Verkauf der ersten, zweiten und dritten Auflage von 1800 Exemplaren, falls sie verlangt werden sollten. Symonds selbst verkaufte das Verlagsrecht kurz nachher einem anderen Verleger für 200 M., der es seinerseits an Jakob Tonson verkaufte. Die Tonsons veröffentlichten eine große Menge Ausgaben von Milton und mußten ein gutes Geschäft mit ihrem Kauf gemacht haben. Der Verkauf wird erst im März stattfinden; man hofft, daß das Manuskript für die nationalen Sammlungen angekauft wird.

* Verschiedene Mitteilungen. Freiherr v. Lade schreibt uns, daß er zwar von dem in unserer heutigen Morgen-Ausgabe mitgeteilten Tierfähr-Gedicht vor 20

Jahren sechzigtausend Exemplare verteilten sich und auch jetzt wieder — diesmal an die Schulen — viele Tausende übermitteln wird, daß er aber nicht der Verfasser des Gedichtes ist! Der Irrtum entstand dadurch, daß uns das Gedicht von Herrn Freiherrn v. Lade zugeandt wurde. Es war allerdings nicht von ihm unterzeichnet. Wir glaubten aber annehmen zu dürfen, daß es von ihm stamme, da es sich so trefflich mit den stets von ihm vertretenen humanitären Anschauungen deckt.

Ferdinand v. Saar konnte mit seinem Volksschauspiel „Eine Wölflin“ am Wiener Burgtheater nur einen Achtungserfolg erringen.

In der Akademie der Wissenschaften zu Paris wurde mitgeteilt, die Physiker an der Universität Nancy, Charpentier und Blondelot, hätten festgestellt, daß der menschliche Körper ähnlich wie das Radium Lichtstrahlen aussendet; diese Lichtstrahlen zeigten sich in erhöhtem Maße bei verstärkter Muskel- und Nerventätigkeit. Man habe vielleicht damit ein Mittel gefunden, um den eingetretenen Tod festzustellen.

Versuche mit einem sprechenden Telephon, das Elektrograph genannt wird, haben, wie die „Londoner Daily Mail“ mitteilt, neuerdings in England stattgefunden. Der Elektrograph stellt eine Verbindung von Telephon und Phonograph dar. Es wurden über eine Strecke von zwölf englischen Meilen Mitteilungen durch das Telephon gesprochen und von einem Phonographen aufgenommen, der, in Tätigkeit gesetzt, alles Gesprochene deutlich hörbar wiedergab. Man wird nähere Nachrichten über diese Versuche abwarten müssen, bevor man ihren Wert mit Sicherheit beurteilen kann.

Vom Bücherfisch.

— Neue Musikalien. Die rührige jüngere Verlagsbuchhandlung von R. Vertram, Leipzig, bringt noch rechtzeitig zu den Feiertagen einen neuen „Feierlichen Weihnachtsmarsch“ von Franz Veitbold, op. 9. Es ist wahr, die Komposition könnte noch selerischer, weihnachtlicher und marktmäßiger gehalten sein; aber zweihändig oder vierhändig flott vorgetragen, wird doch immerhin ein ganz erfreulicher Eindruck damit erzielt werden. Im selben Verlag erschien eine recht gefällig

gesteifte Gavotte Espagnole, op. 5 von Alois Bergsch, die einem allerdings nicht sehr spanisch vorkommt; und — als Überraschung für vorgeschrittenere Geiger — ein Arrangement der Klavier-Stude, op. 25, Nr. 2 von Chopin für Violine und Piano. Das technische Problem des Originals: vier Akte-Triolen in der rechten Hand zu zwei Viertel-Triolen in der linken — ist hier bei der Verteilung unter zwei verschiedene Spieler sehr erleichtert, und so wird in dieser interessanten Bearbeitung von Ernest Moret die Schwierigkeit eines zwanglosen rhythmischen Zusammengehens beider Stimmen auf einfachste Weise gelöst. Mit besonderer Energie bahnt die Vertram'sche Verlagsfirma einem jüngeren Brüsseler Autor Maurice Koettly den Weg: ein liebenswürdig ansprechendes Talent, in welchem sich deutsche Schlichtheit mit französischer Grazie eint. Die bisher erschienenen, glänzend ausgestatteten Hefte bieten sämtlich empfehlenswerte, angenehme Musik von mittlerer Schwierigkeit und doch brillantem Effekt: Barcarole op. 9 — mit leisen, nicht weiter stürzenden Chopin'schen Anklängen; Vändler, op. 12, und Danse Rustique, op. 21 — beide frisch und lustig zu spielen; Rasse Sentimentale, op. 23, melodisch einschmeichelnd; Romance op. 25 — am wirkungsvollsten, wird der Klavierspielenden Welt ebenfalls willkommen sein. — Aus dem Verlag von Joseph Seifing, München, liegt vor: „Nieder-Album“, 12 Lieder für Singstimme mit Pianoforte, von Prinz Ludwig Ferdinand. Der hohe Autor ist bekannt durch das warme Interesse, das er allen musikalischen Bestrebungen in München, namentlich den Wagner-Festspielen — und sogar selbsttätig eingreifend — entgegenbringt. Er hat viel gehört und leider viel zu viel Wagner gehört. Die gegenwärtige Höhe der musikalischen Wagner-Kultur hat auch den geringeren Talenten eine gemachte Sprache überliefert, die für sie tönt und klingt, während sie selbst zu reden glauben. So ähnlich schaut es auch in dem vorliegenden „Nieder-Album“ aus: die 12 Gesänge sind eigentlich sämtlich über denselben Versen geschrieben: gepfefferte modern-harmonische Unterlage in den Begleitungs-Akkorden; die Oberstimme fast immer mit der Gesangsmelodie mitgehend — was man so „Melodie“ nennen mag. Eine größere Konzentrierung des im übrigen unverkennbar klangfreudigen, prinzipialen Talentes wäre gewiß anzupfehlen. Immerhin wird man diese hübsch ausgestattete Publikation in beteiligten Kreisen nicht ohne Interesse aufnehmen. O. D.

Ausland.

* Osterreich-Ungarn. Den Delegationen wurde der Voranschlag für 1904 unterbreitet. Das gesamte Etat-Erfordernis erreicht die Höhe von 888 Millionen Kronen und ist fast 2 Millionen höher als im Vorjahre. Weiter wird für 1904 ein Teilbetrag von 15 Millionen Kronen in Anspruch genommen, um mit der Einführung neuer Geldgeschäfte beginnen zu können.

* Italien. Der „Tribuna“ zufolge trifft Präsident Douhet am 6. April in Rom ein und verläßt die Stadt wieder am 11. April. Der Präsident wird Benedic und Florenz besuchen. — Ein italienischer Marineoffizier, der das Hissen der italienischen Flagge auf dem im italienischen Protektorat gelegenen Fort von Durbo zu erzwingen versuchte, war durch einen Granatschuß aus diesem Fort getötet worden, und dies hatte den englischen Kapitän Ganut von dem englischen Kriegsschiff „Robant“ dazu veranlaßt, mit einer Strafexpedition zu landen. Es kam dann zwischen den Engländern und den Leuten des Somalifürsten zu einem Kampf, bei dem der englische Offizier schwer verwundet wurde. In der Samstagsausgabe der italienischen Kammer erklärte Signor Santini, daß der Offizier diese Verwundung davongetragen habe in dem Bestreben, eine der italienischen Flagge angetane Schmach zu rächen, und daß es deshalb Pflicht der italienischen Nation sei, ihm für sein tapferes Verhalten Dank auszusprechen und ihm baldige Genesung zu wünschen. Diese Erklärung wurde,

ebenso wie die des Admirals Mirabello, des Marineministers, daß die italienische Flotte sich mit der englischen durch die Bande der Sympathie und der Achtung verbunden sei, mit lautem Beifall aufgenommen. Der Minister schloß damit, daß er versicherte, er habe dem englischen Offizier seine Glückwünsche und seine Grüße bereits übermittelt, und der Präsident der Kammer erklärte unter anhaltendem Beifall der Versammelten, daß er das gleiche im Namen des Hauses tun werde. — Auf der Tagesordnung der italienischen Kammer stand gestern die Beratung verschiedener Interpellationen über die auswärtige Politik. Der neue Minister des Äußern, Tittoni, erklärte zunächst bezüglich der Innsbrucker Vorgänge, Italien habe nach den Grundsätzen des Völkerrechtes dort nicht einschreiten können. Die Bande, die Italien und Osterreich auf Grund ihres Bündnisses verknüpfen, müßten ebenso eng sein wie die zwischen Deutschland und Italien bestehenden. Italien wolle eine friedliche Politik und bleibe daher dem Dreibund treu, der ein gewichtiges Unterpfand des Friedens sei und kein Hindernis bilde für die traditionelle Freundschaft mit England und die glücklicher Weise erneute Freundschaft mit Frankreich. Bezüglich Tripolis und Albanien verweist der Minister auf die Erklärungen seiner Vorgänger. Im Balkan wünsche Italien die Aufrechterhaltung des status quo und des Kongresses der Signatarmächte des Berliner Vertrages zwecks Einführung von Reformen. Das Vorgehen Rußlands und Osterreich-Ungarns in Makedonien erfolge in Vertretung der anderen Mächte. Wenn die Kammer der Regierung weiter Vertrauen entgegenbringe, werde diese bestrebt sein, das Bündnis mit Osterreich-Ungarn und Deutschland und die freundschaftlichen Beziehungen zu England und Frankreich zu befestigen, indem sie hierdurch ihr vornehmstes Ziel verfolge, das auf die Erhaltung des Friedens gerichtet sei. — Das erste Debut des neuen italienischen Ministers des Äußern hatte, nach einem Telegramm des „B. L.“ aus Rom, einen unerwarteten Erfolg. Sein festes Einschreiten für den Dreibund und seine Antwort auf die Auslassungen der Irredentisten wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Damit ist auch die von mehreren Blättern gegen Tittoni seit Monaten eingeleitete Kampagne beendet.

* Belgien. Aus Brüssel berichten die „M. N. N.“: Unter gewaltigem Andrang eines eleganten Publikums wurde Montag der Prozeß wegen der Erbschaft der Königin fortgesetzt. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben der Prinzessin Clementine, worin diese erklärte, den Ehevertrag ihrer Eltern nicht anzufechten. Eine gleiche Erklärung von Seiten der Prinzessin Luise von Koburg und der Gräfin Louvay liegt jedoch nicht vor, so daß angenommen wird, daß diese die Aufhebung des Ehevertrages billigen. Das Gericht beschloß zunächst die Liquidierung des persönlichen Nachlasses der Königin, um zu sehen, ob daraus die Gläubiger der Prinzessin Luise von Koburg nicht befriedigt werden können. Der Fortgang des Prozesses, welcher ein völliges Zerwürfnis des Königs mit seinen beiden ältesten Töchtern befundet, erregt allgemeines Argernis.

* Frankreich. Die Unterhandlungen der französischen Regierung mit dem Vatikan bezüglich der Ernennung der Bischöfe sind dem Abschluß nahe. Wie es heißt, sei ein Abkommen getroffen worden, das auf beiden Seiten befriedigt.

* Bulgarien. Es verlautet bestimmt, daß die bulgarische Regierung beabsichtige, außer dem bereits vorhandenen Militär-Attacheposten in Belgrad auch für Wien, Petersburg, Bukarest und Konstantinopel Militär-Attachés zu ernennen.

* Serbien. Es verlautet, daß die Spanage von 800 000 Frank, die Milan genoss, unter dem Bruder des Königs und dem Thronfolger verteilt wird. — Die russische Regierung verhängte die Witwe des im Konak ermordeten Generals Lazar

Petrowitsch, daß sie die Kosten für die weitere Ausbildung der in Russland studierenden zwei Söhne des Generals übernehme.

* Spanien. Wie der „Figaro“ berichtet, wird der König von Spanien, welcher im Mai sein 18. Lebensjahr vollendet, nach der Geburtsstagsfeier verschiedene Staats-oberhäupter besuchen, und zwar wird der erste Besuch dem Präsidenten Loubet gelten. Zu diesem Zwecke seien bereits Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Kabinetten im Gange. Die Reise wird Anfangs des Sommers erfolgen.

* Vereinigte Staaten. Aus New York wird dem „B. L.“ telegraphiert: Präsident Roosevelt, der deutsche Botschafter Sped von Sternburg und der Schatzsekretär Shaw hatten eine Konferenz über die Tariffrage, bei welcher der deutsche Botschafter die Libertarierung der deutschen Exporte vorbrachte. Vermutlich wird eine Kommission zur Prüfung der Klagen eingesetzt werden.

* Persien. Nach einer Petersburger Depesche des „B. L.“ kam es in Astrabad in Persien nach mehreren aus Vollstreitigkeiten entstandenen blutigen Zusammenstößen zwischen persischen Beamten und Turkmänen zu einer großen Schlacht. Erstere wurden nach erbittertem Kampf von den Turkmänen mit großen Verlusten nach Astrabad zurückgeschlagen.

* Japan. Wie dem „B. L.“ aus London gemeldet wird, ist die Lage in Ostasien nicht hoffnungslos, obwohl die russische Note nicht den japanischen Erwartungen entspricht. — Auch aus Tokio wird telegraphiert, die russische Note mache zwar einige Konzessionen in der Mandchurie, sei aber sehr verschieden von den friedlichen Versicherungen Russlands. — Nach einer Pariser Depesche erklärte der dortige japanische Gesandte, daß General Yamagata, der voraussichtliche Generalissimo im Kriege gegen Russland, Anstalten treffe, nötigenfalls 500 000 Mann auf Kriegsfuß zu stellen. Die japanische Marine könnte in 24 Stunden in Korea und in 48 Stunden in Port Arthur sein.

Aus Stadt und Land.

Wiesbaden, 16. Dezember.

Der Ratskeller.

Nachdem er zwei Monate „zwecks Renovierung“ ausgedauert war aus dem öffentlichen Leben unserer Stadt, soll nun der Ratskeller am kommenden Samstag wieder seine Pforte öffnen. Herr Herborn, der neue Wächter, will diese Wiedergeburt mit einem fröhlichen Eröffnungsessen feierlich begehen, und dann heißt es, wie's immer geheißen hat, und wie es allerorten heißt, wo man hübsige Lebern abfäht:

Ob Deide, Jude oder Christ,
Derein, was durstig ist!

Zwei Monate Stillstand bedeuten für ein Lokal von dem Range und Ansehen eines Ratskellers schon etwas; man gewöhnt sich ja allerdings und glücklicherweise gar bald an alles und so auch an die verschlossene Tür des Ratskellers einer Haupt-, Residenz- und Weltkurstadt, in dessen den Stammgästen und allen jenen, die sich mit einigem Behagen dort hinter ihr Köpfchen Gerstenfasel oder Rebendunst setzen, wo die freundlichen, heiteren Gestalten trinkfester Wesen und draller Heben von den Wänden niederblicken, wo unter Rebengerank und allerlei anderem Gezwieg liebliche Amoretten und pausbäckige Putten ihr erbauliches Wesen treiben und wo zahlreiche Sprüchlein aufmuntern zum herzhaften Niesen, — allen, die das Leben, war die Pforte des Ratskellers etwas gar zu lange zu. Na, gut Ding will Weile haben, und jetzt sind unter den Meisterhänden Kglers und Schlitts, denen der Berliner Maler Weimer wacker assistierte, all die reizenden Bilder in neuem Glanze erstanden. Die Herrlichkeit ist beinahe größer, als sie gewesen ist, denn etwelches Neue hat man dem Alten zugefügt. Die verblassten Farben sind frisch, Bodenstedt macht wieder sein liebes, heiteres Gesicht über dem Wahrheitspruch:

In Gemeinheit tief versunken
Nest der Tor vom Rauch bemerkt,
Wenn er trinkt, ist er betrunken,
Trinken wir, sind wir begeistert!

Unser Bodenstedt wollte in der letzten Zeit schier vergehen vor Scham, daß die bemalten Wände und Gemälde um ihn her gar so tief heruntergekommen waren, und er selbst hatte ja beinahe keinen Nüstropfen mehr im Gesicht. „Ist das Bodenstedt?“ fragte man sich, wenn man sein verwischtes Bild ansah; jetzt aber lebt er wieder. Und der Kater auf dem Dache hat wieder Fleisch auf die Knochen bekommen und sein Fell ist heil und ganz. Er war ein Gespenst, jetzt ist er ein Kater, der Spaß macht, so lange er — uns nicht selbst im Nacken sitzt. Herr Herborn, der sich als „Tivoli“-Birt einen guten Namen erworben hat, wird den renovierten Ratskeller, der sich durch seine künstlerischen malerischen Ausschmückungen schon selbst empfiehlt, bald in das gebührende Renommee gebracht haben, so daß man innerhalb und außerhalb des Rathauses gern das Sprüchlein besagt:

Im Ratskeller
Am Keller volleren,
Bar bei den Alten Brand,
So halten wir es auch.

Besonders bemerkt darf vielleicht noch werden, daß künftig auch alkoholfreie Getränke im Ratskeller zu haben sein werden. Die Mäßigkeitsbewegung hat sich auch dieser festen Burg bemächtigt. So ändert sich die Zeit! Ein Ratskeller, in dem die Gäste Amonaden und unvergorene verjüngerte Obst- und andere Weine trinken — das hätte man sich vor einigen Jahren noch nicht vorstellen können. Die Malerei hat übrigens auf diese Reform noch keine Rücksicht genommen, sie setzt sich auch jetzt noch souverän über die „Alkoholfreiheit“ hinweg. d.

— Residenz-Theater. Am 30. Male geht heute Mittwoch der lustige Schwank „Der Hochtourist“ von Kraas und Real in Szene. Morgen Donnerstag gelangt statt „Der milde Löwe“ Plumenthal „Der Probepfeil“ zur Aufführung. Wir machen nochmals auf die am Samstag, den 19. d. M., stattfindende erstmalige Aufführung der Komödie „Liebes-Masche“ von Kurt Kraas und Freiberger v. Schlitz aufmerksam. Das reizende Lustspiel, das in voriger Woche am Osttheater in Kassel, sowie am Kölner Residenz-Theater mit außerordentlichem Erfolge aufgeführt wurde, hat nicht nur den wärmsten Beifall des Publikums hervorgerufen, sondern auch die einstimmige Anerkennung der Kritik gefunden.

— Die Stadtverordneten sind auf Freitag, den 18. Dezember l. J., nachmittags 4 Uhr, in den Bürgeraal des Rathauses zur Sitzung eingeladen. Tagesordnung: 1. Antrag auf Bewilligung von 10 500 M. für die Freilegung und Regulierung der unteren Strecke des Wasserleitungsweges längs der Bonneschen Festung. 2. Desgleichen von 1300 M. Kosten zur Einrichtung von Werkstätten in den bestehenden Remisen der Feuerwache. 3. Anfrage des Stadtverordneten v. Dettin: Welche Vorkehrungen hat der Magistrat behufs schnellerer und sicherer Überführung von Verunglückten in das Krankenhaus getroffen, nachdem es sich bei den in den letzten Wochen vorgekommenen Unglücksfällen herausgestellt hat, daß die vor kurzem errichtete Sanitätswache ohne bespannten Krankenwagen sich als unzulänglich erwiesen hat. 4. Erweiterungsbau des Brunnen-Versandhauses an der Spiegelgasse, veranschlagt zu 14 000 M. Ver. B.-A. 5. Befestigung der Mittelfahrbahn der Viebrückerstraße bis zur Gemarkungsgrenze mit Kleinspaltstein, veranschlagt zu 70 000 M. Ver. B.-A. 6. Veräußerungen von zwei kleinen Geländestücken im Herzog (Distrikt „Kaltenberg“). Ver. B.-A. 7. Ein Gesuch des deutschen Schulvereins in Prohnitz (Mähren) um Gewährung eines Beitrages. Ver. D.-A. 8. Anstellung eines technischen Sekretärs bei der Kanalbau-Abteilung des Stadtbauamts. Ver. D.-A. 9. Erziehung des zweiten Beigeordneten für den nach Ablauf der Wahlperiode ausscheidenden Beigeordneten Körner. Ver. B.-A.

— Das Ringkloster-Konzert der Gesellschaft „Dreiklang“, Donnerstag, den 17. Dezember, beginnt pünktlich 5 Uhr. Das Programm ist ein hochinteressantes. Es enthält Gesangs- und Ensemble-Vorträge von Mitgliedern der Gesellschaft. Ferner haben die Herren Kgl. Konzertmeister Nowak, Kgl. Kammermusiker Troll und Fischer und Herr Organist Schauf ihre Mitwirkung in lebenswüthiger Weise zugesagt. Herr Kgl. Konzertmeister D. Brückner wird auf vielseitigen Wunsch zwei Cello-Solostücken zum Vortrag bringen.

— Herberfeier. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Herberfeier des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins (Zweigverein Wiesbaden) in dem Festsaal der höheren Mädchenschule am 18. Dezember nicht um 8 Uhr, sondern um 7 Uhr abends stattfindet.

— Der Spiritus in der Technik. Über dieses Thema sprach kürzlich Herr Dr. Grünhut im Wiesbadener Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke in der Aula der höheren Mädchenschule. Das Thema war gewählt worden, um darzulegen, wie bei der angustierenden Abnahme im Alkoholenuss eine vermehrte Verwendung des Alkohols zu technischen Zwecken nötig wird, um die Produktion auf der bisherigen Höhe erhalten zu können. Der Redner wies einleitend darauf hin, daß die Befähigung des Alkoholenuss, bzw. eine durch sie hervorgerufene weinliche Verminderung des Konsums geistiger Getränke von Bedeutung im Einfluß auf mannigfache wirtschaftliche Verhältnisse sein müßte. Nicht nur, daß die in Deutschland produzierten geistigen Getränke einen Jahreswert von 2 1/2 Milliarden Mark repräsentieren; es kommt noch hinzu, daß wesentliche Teile der landwirtschaftlich benutzten Bodenfläche dem Anbau solcher Produkte gewidmet sind, die zur Verarbeitung auf alkoholische Getränke bestimmt sind. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß die Brennweinsteuer dem Reiche jährlich einen Reingewinn von 150 Millionen Mark läßt, und daß Wein und Bier den Kommunen als Steuereobjekte überlassen sind für die Finanzwirtschaft vieler derselben zurzeit unentbehrlich sind. Diese Tatsachen dürfen im Kampfe gegen den Alkohol keineswegs außer Acht gelassen werden und es ergibt sich aus ihnen, daß tiefgreifende Maßregeln gegen den Alkoholenuss nur möglich sind, wenn gleichzeitig die Alkoholproduktion im wesentlichen auf derselben Höhe erhalten werden kann. In diesem Sinne muß der Alkoholgegner die Fortschritte der Verwendung des Alkohols zu technischen Zwecken freudig begrüßen und es lohnt wohl, einen prüfenden Blick auf die Aussichten, die sich hier eröffnen, zu werfen. Der Verbrauch des Spiritus zu technischen Zwecken ist von 388 000 Hektoliter im Jahre 1887/88 auf 1 121 000 Hektoliter im Jahre 1901/02 gestiegen und hat somit im wesentlichen die Produktionszunahme in dieser Zeit auszugleichen vermocht, wobei freilich die beiden letzten Jahre mit ihrer wesentlichen Überproduktion, die 1 Mill. Hektoliter auf Lager zurückließ, ausgenommen sind. Jedenfalls beträgt zurzeit der Spiritusverbrauch in der Technik etwa 28 Proz. der Produktion. Davon fließen rund 9 Proz. in die chemische Industrie ab, die seit Jahren etwa gleichmäßig 250 bis 300 000 Hektoliter jährlich beansprucht. Davon dient etwa die Hälfte zur Herstellung von Essig, während die andere Hälfte in verschiedenen anderen Industriezweigen benutzt wird. So zur Herstellung der sogenannten Alkoholpräparate, wie Äther, Fruchtäther, Chloroform, Chloroform, Chloroform; ferner als Lösungsmittel, z. B. für Colloidium, das wieder zur Darstellung des Celluloids und der Kunstseide dient. Schließlich nimmt die Industrie der Spirituslauge und ebenso die Parfümerie ganz erhebliche Spiritusmengen für sich in Anspruch. Eine wesentliche Steigerung des Spiritusverbrauchs in der chemischen Industrie läßt sich für die nächste Zukunft nicht voraussehen. Sie müßte schon neue, unerwartete Erfindungen zur Voraussetzung haben. Weitere 19 Proz. der Spiritusproduktion dienen zurzeit als Wärme-, Licht- und Kraftquelle. Als Wärmequelle (zu Kochweiden) ist der Spiritus etwa 2 1/2 Mal so teuer wie Leuchtgas. Dennoch wird er neben diesem seine Stellung nicht nur behaupten, sondern sogar verdrängen können, weil eben Leuchtgas nicht überall zur Verfügung steht und weil die Ausbreitung der Leuchtgasfabrikation durch die Anlage elektrischer Zentren eine gewisse Dezentralisierung erzieht. — Zur Beleuchtung dient der Spiritus in Form des Spiritusglühlichts, für welches gute Lampenkonstruktionen vorliegen. Bei einem Preis von 30 Pf. für das vierfache Spiritusglühlicht mit der Petroleumbeleuchtung wirtschaftlich völlig gleich und bietet hygienisch Vorzüge vor letzterer, insofern es weniger Wärme und weniger Kohlenstoff produziert, also die Luft weniger verunreinigt und weniger erstickend ist. In Kraftzwecken findet der Spiritus in Form des Spiritusmotors, namentlich in Gestalt der Spirituslokomobile, Verwendung. Unter landwirtschaftlichen Verhältnissen arbeitet die letztere etwas billiger, als die Dampflokobile. Vergleicht man den Spiritusmotor mit dem Benzinmotor und Petroleummotor, so stellen sich die Kosten der Pferdekraft bei allen dreien nahezu gleich. Dies gilt jedoch nur unter der Voraussetzung des Vorzugspreises (15 bis 16 M. pro 1 Hektoliter), den die Zentrale für Spiritusverarbeitung für Motorenspiritus geschaffen hat. Soll die erkennliche Ausdehnung der technischen Verwendung des Spiritus innerhalb der drei letztgenannten Verwendungsklassen anhalten, so sind hierfür dauernd niedrige Spirituspreise die erste Bedingung. Verbätter Verfall dankte den Ausführungen des Vortragenden.

— Darlings gegen „Frankfurter Zeitung“. Die Privatklage des Reichstags-Abgeordneten Darlings gegen die „Frankf. Ztg.“ wegen Verleumdung durch einen Artikel während der Wahlzeit, wurde, wie schon vom Schöffengericht, gestern auch vom Landgericht in zweiter Instanz kostenpflichtig verworfen. Das Gericht nahm zwar abweichend von dem Vorderrichter an, daß eine formelle Verleumdung im Sinne des § 185 vorliege, daß Darlings der Vorwurf der Unaufrichtigkeit gemacht werde, wenn es im Artikel heiße: „Nach Herr Darlings erklären sollte, er sei nicht Mitglied des Bundes der Landwirte, so wird man allgemein annehmen, daß er zur Wahrung des Scheines schleunigst wieder ausgetreten sei.“ Indessen stehe dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite, da die „Frankf. Ztg.“ in dem Wahlkreis stark verbreitet sei und von ihrem politischen Standpunkte aus ein Interesse hatte, die Wahl Parllings zu beschämen. Auf die von beklagter Seite angebotenen Beweisanträge wurde vom Gericht nicht eingegangen.

o. Ein Verleumdungsprozess, in dem der Kläger ein evangelischer, die Beklagten ein katholischer Geistlicher und drei katholische Lehrer aus dem Rheingau waren, spielte sich gestern vor der Strafkammer als Berufungsinstanz ab. Die Veranlassung zu der Klage hat die Kritik gegeben, welche die Beklagten, Herr Pfarrer Rody von Lürich und drei Lehrer von dort, an der Rede übten, welche der Kläger, Herr Pfarrer Rahmann von Lürich, bei der Kaisergeburtstagsfeier da selbst gehalten hat. Herr Pfarrer Rody wurde deshalb vom Schöffengericht zu Rüdelsheim zu 50 M. und jeder der Lehrer zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Die von denselben dagegen erhobene Berufung erledigte sich dadurch, daß die Angeklagten die gegen Pfarrer Rahmann gerichteten Verleumdungen unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahmen und zur Zahlung aller Gerichtskosten sich bereit erklärten, worauf der Kläger seinen Strafantrag zurückzog.

o. Wegen Duldung verbotenen Glücksspiels hatten sich in der gestrigen Schöffengerichtssitzung drei Birze von hier zu verantworten. Die Polizei scheint diesem Treiben in der jüngsten Zeit besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden; wie erwähnt, hat sie auch dieser Tage wieder eine solche Spielergesellschaft erwischt. Von den gestrigen Angeklagten wurden zwei zu je 30 M. und der dritte, ein früherer Caséier, der noch dadurch einen besonderen Gewinn aus dem Spiel zog, daß er die Spieler und länger sitzen ließ, wenn sie Champagner tranken, wurde zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

d. Der Hauptagent. In Heilbronn besteht eine „Allgemeine deutsche Krankenversicherungs-Anstalt“, die auch hier in Wiesbaden in der Person des ehemaligen Drofchenbesizers und jetzigen Agenten Gottlieb S. einen Vertreter hatte. Der Vertreter durfte sich Hauptagent nennen; er hatte die Pflicht, Mitglieder einzulassen und die Aufnahmebeiträge an die Gesellschaft in Heilbronn abzuliefern; er hatte die Befugnis, die vier ersten Wochenbeiträge der von ihm erworbenen Mitglieder als Provision für sich zu behalten. Anfangs November d. J. hatte S. zwei Mitglieder, da erwuchs in seinem Kopfe ein großer Plan und das Bild einer glanzvollen Zukunft. Im Handumdrehen meinte er, müsse man einige Tausend Mitglieder haben, wenn man die Sache nur richtig anfangen wisse. Dann komme ein Infusso von circa 1500 M. zusammen und die prächtige Existenz sei fertig. Er erließ ein Injerat: „Einem Kassierer wird von einer soliden Versicherung eine glänzende Existenz geboten. Nur solche werden berücksichtigt, welche über 12—1500 M. verfügen.“ Auf dieses Injerat hin, sagte er, habe er einen Papierkorb voll Offerten bekommen und von diesen habe er nur die eine ausgesucht, auf die er nachweisbar reagiert hat, die Offerte des Schuhmachers Christian B. Mit dieser Behauptung stimmt freilich die Tatsache schlecht überein, daß er mit einem hektographierten Vertrag zu dem B. kam, einem Vertrag also, der mehr für eine Massenwerbung hergerichtet gewesen zu sein scheint. Der Schuhmacher B. erzählt, ihm habe der S. gesagt, die Kasse habe hier schon einen Mitgliederbestand von über 2000 Personen. Er habe ihm den von ihm, dem S. entworfenen Vertrag vorgelesen, den er aber nur halb verstanden habe. Was er behalten, war das, daß er von jedem durch seine Tätigkeit aufgenommenen Mitglied 1 M. 50 Pf. und von jedem krank gemeldeten und doch bei der Arbeit betroffenen Mitglied ebenfalls so viel erhalte, und als Garantie dem S. ein Darlehen“ von 1200 M. geben sollte. Was er nicht erfaßte, das kennzeichnete den Vertrag am besten, nämlich: die Rückzahlung des merkwürdigen Darlehens sollte erst 2 Monate nach dem Austritt des B. erfolgen können und der Herr Hauptagent behielt sich das Recht vor, jederzeit jede beliebige Abänderung des Vertrages vorzunehmen! Als der B. meinte, er habe sein Geld auf der Kassanischen Landesbank stehen und er möge es auch gern dort stehen lassen, erklärte der S., er müsse das Geld unter allen Umständen an ihn ausliefern, damit es bei der Rasse der Gesellschaft zu einer Verzinsung von 6 Prozent angelegt werden könne. Bevor es noch zu der Eingabe des Geldes und zur Ausstatterung des B. mit einem kennzeichnenden Maße und einer Geldtasche kam, schäufte der B. doch Verdacht und setzte sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung, die dem Herrn Hauptagenten denn auch den beabsichtigten Bauernfang gründlich verdarb. Heute hatte sich S. wegen Betrugsversuchs vor der Strafkammer zu verantworten. Er sucht die Sache so darzustellen, als habe er nichts Unrechtes beabsichtigt, er habe nur 150 M. von den 1200 M. für Reklame verwenden wollen usw. Die Strafkammer hielt aber dafür, daß sich in dem Verfahren des Angeklagten die betrügerische Absicht hinlänglich dokumentiere und verurteilte ihn zu 1 Monat Gefängnis. Nur mit Rücksicht auf seine bisherige Unbestraftheit wurde die Strafe so gering ausgemessen.

— Vogelaußstellung. Der Vogelzug-Verein „Canaria“ hat in der Zeit vom 19. bis 29. Dezember d. J. in großen Saal des katholischen Vereins, neben der Bonifaciuskirche, eine allgemeine Ausstellung von Kanarien, Fraten, Säuerchen, Kanarien, Terrarien, sowie mehreren Kollektionen Rasse-Tauben ab. Mit dieser Ausstellung ist Prämierung, sowie Verkaufsmarkt und Verlosung von eben Kanarien verbunden. Um dem Publikum entgegen zu kommen, hat der Vorstand des Vereins die Einrichtungsgetroffen, daß auf der Ausstellung angelegte Kanarien bis Weihnachten kostenfrei verspielt werden. Außerdem erhält jeder Käufer eines Kanarienvogels eine Belohnung über denselben gratis. Vole sind noch in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen zum Preise von 50 Pf. sowie während der Ausstellung an der Kasse zu haben. Die Verlosung findet am 29. Dezember im oberen Saal des „Hotel Union“ unter polizeilicher Kontrolle statt.

— Eisenbahn Wiesbaden-Mainz. Am 1. Mai 1904 wird die neuerbaute direkte Linie Mainz-Wiesbaden dem Verkehr übergeben. Ursprünglich war als Eröffnungstermin der 1. April vorgesehen, doch mußte aus gewissen Gründen der Zeitpunkt verschoben werden. In Wiesbaden wird eine neue Verkehrsinspektion errichtet. Die seit hier bestehende Verkehrsinspektion wird nach Mainz a. d. Lahn verlegt. Die seitherigen Maschinen- und Betriebsinspektionen in Wiesbaden verbleiben, werden aber, wie schon gemeldet, der Mainzer Direktion unterstellt.